

Arne Engeli

Christen und Kirchen engagieren sich für Gerechtigkeit

Die ökumenische Bewegung für Gerechtigkeit, Frieden, Bewahrung der Schöpfung – heute.

Die Triade «Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung» wurde an der Vollversammlung des Ökumenischen Rates der Kirchen 1983 in Vancouver als Leitlinie für das gesellschaftliche Handeln von Christen und Kirchen formuliert. Bemerkenswert ist die Reihenfolge: Zuerst Gerechtigkeit, dann Frieden, denn «Frieden ist Frucht der Gerechtigkeit». Konkretisiert wurden diese Leitlinien an drei Europäischen Ökumenischen Versammlungen: 1989 in Basel, 1997 in Graz und 2007 in Sibiu.

Ich war bei den ersten beiden Versammlungen in Vorbereitung, Durchführung und Nacharbeit engagiert. Die drei Leitsterne überzeugten mich. Im April 1983 hatte ich in Dresden als Beobachter der Konferenz Europäischer Kirchen Einblick in die vorbereitende Versammlung der DDR-Kirchen für Basel. Von dieser Versammlung gingen die entscheidenden Anstösse zur Friedlichen Revolution im Herbst 1989 aus.

An Pfingsten 1989 trafen sich in Basel 700 Delegierte aller Konfessionen Europas: Protestanten, Katholiken, Orthodoxe, Methodisten. Es war das erste Treffen der europäischen Christenheit seit der Reformation. Eine Zeit grosser Hoffnungen. Die Vorstellung vom gemeinsamen *Haus Europa* gab Anlass, eine Art 'Hausordnung' zu entwerfen. Das Schlussdokument «Frieden in Gerechtigkeit» wurde fast einstimmig verabschiedet. Darin heisst es u.a.:

„Wir Delegierten der europäischen Kirchen verpflichten uns im Gehorsam gegenüber dem Evangelium, uns für eine neue Weltwirtschaftsordnung einzusetzen, zugunsten der Armen, Unterdrückten und Machtlosen

- *Flüchtlinge und Wanderarbeiter sind als Brüder und Schwestern auf- und anzunehmen. Europäische Kirchen und Christen sollten alles in ihrer Macht Stehende tun, um die Grundursache ihrer schlimmen Lage zu beseitigen*
- *Wir betrachten es als Skandal und Verbrechen, dass jährlich Millionen von Menschen in einer Welt verhungern, die genügend Güter hat und genug Nahrungsmittel für alle haben könnte (...) Wir werden uns für eine neue Weltwirtschaftsordnung einsetzen*
- *jede Diskriminierung von Frauen soll beseitigt werden. Sie sind vor Gewalt zu schützen*
- *der Export von Waffen in Konfliktgebiete soll eingestellt werden*
- *dringend sind Massnahmen, die dem Treibhauseffekt entgegen wirken, den Regenwald und die Vielfalt der Arten erhalten*
- *alle fordern wir auf, einen neuen Lebensstil anzunehmen, der der Umwelt so wenig Schaden wie möglich zufügt. Das bedeutet: weniger Energie verbrauchen, öffentliche Verkehrsmittel benutzen, weniger Abfall erzeugen».*

Diese Forderungen sind auch heute, mehr als 30 Jahre später, noch aktuell. Sie sind eine Herausforderung für die Kirchen, für uns. Ich nehme sie im Folgenden der Reihe nach auf.

Markus Mattmüller über das Basler Dokument: «Einem religiösen Sozialisten lacht das Herz im Leibe (...) das ist eine längst fällige Absage an das rein innerliche Christentum, ein Bekenntnis zum Glauben an das Reich Gottes für diese Erde» (Neue Wege 2/89).

1. Menschenrechte sind universell, sie gelten auch für Flüchtlinge

Die aktuelle Situation der Flüchtlinge an der Südgrenze Europas verleugnet die Forderung, sie als Schwestern und Brüder aufzunehmen. Täglich ertrinken auf dem Mittelmeer durchschnittlich zehn Menschen auf der Flucht. Im Lager Moria leben 13'000 Flüchtlinge in Zelten auf einem alten Schiessplatz, der mit Blei verseucht ist, schutzlos Überschwemmungen und Corona ausgesetzt.

«Eine Hölle inmitten von Olivenhainen» beschreiben AktivistInnen, die dort Hilfe leisten, die Lage. Was dort geschieht, ist eine Schande.

Eine Schande für Europa ist auch, was sich in Kroatien an der Grenze zu Bosnien abspielt. Flüchtlinge, die um Asyl bitten, werden von Polizisten geschlagen, ausgeraubt und nachts zurück über die Grenze 'gepusht', auch Kinder, Schwangere, Behinderte. «Frontex ausser Kontrolle», titelte «Solidarité sans frontières». Der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte hat die Zustände als unhaltbar eingestuft. Die Schweiz ist mitverantwortlich. Sie ist an Frontex beteiligt und hat eben den Beitrag von 14 auf 61 Millionen Fr. pro Jahr erhöht. Beschämend ist auch die Situation in einigen Bundesasylzentren der Schweiz. Unlängst wurde bekannt, wie Flüchtlinge von Securitaswächtern schikaniert, gedemütigt, geschlagen werden.

Moria heisst nicht nur die griechische Insel, sondern auch der Berg, auf dem Abraham seinen Sohn Isaak opfern wollte. Da griff Gott ein und machte Abraham klar, dass er kein Menschenopfer will. Europa aber meint, es sei um unseres Wohlstandes wegen nötig, Menschen opfern zu müssen. Vergessen ist: Menschenrechte gelten für alle, sie sind universell.

Auf dem Berg Moria hat Gott eingegriffen. Wer greift heute ein zugunsten der Flüchtlinge?

Es sind Menschen auf Rettungsschiffen wie die Sea Watch, die auf dem Mittelmeer Flüchtlinge in Not aufnehmen. Oft können sie keinen Hafen anlaufen, die mutige Crew muss mit langen Haftstrafen rechnen. Dabei wäre nach internationalem Seerecht jedes Schiff verpflichtet, bei Seenot zu Hilfe zu eilen. Die Evangelische Kirche Deutschland hat jetzt zwei Rettungsschiffe angeheuert. Der Kirchentag hatte erklärt: «Man lässt keine Menschen ertrinken. Punkt».

Einzugreifen versucht hat in der Schweiz der Osterappell «evakuierenJETZT». 132 Organisationen und 50'000 Menschen haben den Bundesrat aufgefordert, Menschen aus den griechischen Flüchtlingslagern zu evakuieren. 36 Städte und Gemeinden erklärten sich bereit, diese bei sich zu beherbergen. Aber die Angebote verhallen in Bern ungehört. Die Präsidentin der Zürcher katholischen Kirche ermahnt: «Die Aufnahme von Menschen auf der Flucht gehört zur DNA der Kirchen, zu ihrem Grundauftrag».

Kirchen haben in verschiedenen Städten an die 44 000 Flüchtlinge erinnert, die in den letzten 25 Jahren Opfer der Festung Europa geworden sind. Vor drei Wochen wurden in der Leonhardskirche St. Gallen während 24 Stunden ihre Namen in Erinnerung gerufen und auf Banner geschrieben. Beim Schreiben der Namen spürten wir Schmerz und Wut über dieses Elend und unser Versagen. Wir sind herausgefordert zur Solidarität. Kirchen, auch wir, müssen vom Bund weiterhin beharrlich eine grosszügige Aufnahme von Flüchtlingen fordern. Ein Vorstoss in beiden Räten verlangt jetzt, dass das Botschaftsasyl wieder eingeführt wird. Damit würden jene sicher einreisen können, die auf einer Schweizer Botschaft einen positiven Bescheid erhalten.

Eingegriffen haben auch Leute wie Anni Lanz oder Lisa Bosia. In zivilem Ungehorsam haben sie Flüchtlinge über die Grenze in Sicherheit gebracht. Sie wurden verurteilt – wie seinerzeit Polizeikommandant Paul Grüninger. Später wird man sie ehren und rehabilitieren.

2. Hunger ist ein Skandal – Arm und Reich

Die Corona-Pandemie hat die Lage in den Entwicklungsländern verschärft. Man spricht bereits von einer «Hungerpandemie». Die Welthungerhilfe warnt: «Das 21. Jahrhundert droht zum Hungerjahrhundert zu werden. Jeder sechste hat nicht ausreichend zu essen». «Das eigentliche Problem des Welthungers ist», schreibt der Ökonom und Nobelpreisträger Amartya Sen, im Armenhaus Westbengalen geboren, «dass man den Hunger hinnimmt, statt ihn in den Mittelpunkt der Ökonomie zu stellen». Oder wie es Jean Ziegler sagt: «Wir lassen sie verhungern».

Auch Bundesrätin Simonetta Sommaruga braucht deutliche Wort: «Die afrikanischen Staaten wurden aus der Kolonialisierung entlassen, doch die Ausbeutung geht unvermindert weiter». Jedes Jahr fliessen illegale Gelder von Entwicklungsländern in Industrieländer in der Höhe von 1000 Milliarden US-Dollar – das ist 8 x soviel, wie die Industrieländer an Entwicklungsgeldern zahlen, so ein Washingtoner Forschungsinstitut. Dazu kommt noch die legale Steuervermeidung globaler Konzerne. Diese kosten die Entwicklungsländer weitere 200 Milliarden US-Dollar.

Die Ausbeutung bekämpfen wollte die Konzernverantwortungs-Initiative. Sie wurde auch von Kirchen und Hilfswerken mitgetragen. Diese Einmischung in die Politik soll ihnen in Zukunft untersagt werden. Hilfswerke dürfen jetzt Beiträge der DEZA nicht mehr für ihre Informations- und Bildungsarbeit im Inland verwenden. Im Kantonsparlament St. Gallen wollte man den Kirchen politische Neutralität verordnen, die Motion wurde aber abgelehnt.

«Die Reichen werden reicher – die Armen zahlreicher».

Auch bei uns in der Schweiz ist die Schere zwischen Reich und Arm zu gross. Die Vermögen sind ungleicher verteilt als in USA. Das Vermögen der 300 reichsten Schweizer hat sich in den letzten 17 Jahren auf 707 Milliarden verdoppelt. Die Vermögen werden zudem steuerfrei vererbt. Das führt zu einer Ballung nicht nur von wirtschaftlicher, sondern auch von politischer Macht. Das ist gefährlich für die Demokratie. «*Die Schweiz gleicht einem Feudalstaat*», moniert Hans Kissling, ehemaliger Zürcher Chefstatistiker. Er fordert eine nationale Erbschaftssteuer. Einen anderen Ansatz verfolgt die Mikrosteuer-Initiative, für die zur Zeit Unterschriften gesammelt werden. Sie will die bargeldlosen Finanzgeschäfte besteuern.

3. Care-Wirtschaft

«Wieso gibt es für Pflegende Applaus, aber für die Swiss Geld?»

Wenn die Ökonomie als Sorge-Wirtschaft verstanden würde, brächte das Frauen, die sich für Familie und Haushalt sorgen, mehr Gerechtigkeit. Ökonomie heisst im Griechischen wörtlich: Gesetz des Haushaltens. Die Theologin Ina Praetorius schrieb dazu in unserer Zeitschrift *Neue Wege* (9/2000): «*Wirtschaften bedeutet nichts anderes, als dass die Menschen tätig dazu beitragen, dass alle bekommen, was sie zum Leben brauchen*». Diese Zweckbestimmung stehe zwar etwa so in den Lehrbüchern der Ökonomie, aber ab Seite zwei sei dann nicht mehr von Befriedigung der Bedürfnisse die Rede, sondern vom freien Spiel von Angebot und Nachfrage im Markt. Die Sorge für die Familie, das Haushalten, die Freiwilligenarbeit gelten nicht als Teil der Wirtschaft. Diese Tätigkeiten und auch die Ressourcen der Natur werden als selbstverständlich vorausgesetzt. Der Care-Sektor, wie es englisch heisst, ist aber ebenso wichtig: 2013 wurde in der Schweiz 14 % mehr Zeit für unbezahlte als für bezahlte Arbeit aufgewendet.

«Wirtschaft ist Care» ist Thema der nächsten Frauensynode am 4. September in Sursee. Es wird u.a. über ein bedingungsloses Grundeinkommen diskutiert als ein möglicher Schritt dazu.

4. «Wer Waffen sät, wird Flüchtlinge ernten»

So hiess unser Slogan am Internationalen Bodensee-Friedensweg. In keiner anderen Region gibt es so viele Waffenschmieden wie rund um den Bodensee: 18, die alle Waffen exportieren, auch in Kriegsgebiete. Dort schlagen sie Menschen in die Flucht. Der Bundesrat wollte die Waffenausfuhr auch in Länder erlauben, wo Bürgerkrieg herrscht. Dagegen wurde eine Initiative eingereicht, die - so hoffen wir - vom Parlament jetzt umgesetzt wird.

Unverständlich ist der Entscheid des Bundesrates, den UNO-Vertrag zum Atomwaffenverbot vorläufig nicht zu unterzeichnen. Seine Argumentation: Die Schweiz sei vielleicht einmal froh, wenn

der NATO-Atomschirm sie beschütze. Das Parlament aber und verschiedene Städte verlangen die rasche Unterzeichnung. Auch in NATO-Staaten mehren sich die Stimmen, die den Atomwaffenverbotsvertrag unterzeichnen wollen.

Selbst wenn die Waffen, Panzer und Bomben nie eingesetzt werden, wirken sie zerstörend. Die ungeheuren Summen, die in die Rüstung investiert werden, fehlen jetzt zur friedlichen Entwicklung der Welt. *«Die Bomben fallen jetzt»* brachte es die Theologin Dorothee Sölle auf den Punkt.

Wer den Frieden will, muss den Frieden vorbereiten. In den acht Jahren, in denen ich als HEKS-Programmbeauftragter während und nach dem Krieg im ehemaligen Jugoslawien tätig war, hat sich meine Überzeugung gefestigt, dass es niemals mehr einen Grund geben kann, einen Krieg zu rechtfertigen – die physischen und psychischen Folgen sind zu schrecklich und belasten Generationen.

5. Klimagerechtigkeit

Ich zitiere dazu die St. Galler Nationalrätin Claudia Friedl aus ihrer Rede für den Bodensee-Friedensweg: «Die Erde kocht und wir heizen weiter kräftig ein. In den Ländern hier rund um den Bodensee verursacht eine Person durch ihren Konsum jedes Jahr 14 Tonnen klimaschädliches CO₂. Am anderen Ende der Liste sind die Länder des globalen Südens. Eine Person in Guinea oder Ruanda verursacht durch ihren Konsum weniger als 1% unseres Ausstosses. Die Industrieländer produzieren nicht nur aktuell viel mehr CO₂, wir blasen es bereits schon seit über hundert Jahren ununterbrochen in die Atmosphäre.

Der Klimawandel ist nicht gerecht. Während wir hier bei uns die Möglichkeiten haben, uns einigermaßen davor zu schützen, sieht es bei den Ländern des Südens anders aus. Die Folgen sind eine enorme Verknappung des Süsswassers, ein Rückgang der Ernten, eine markante Zunahme von Stürmen und Flutkatastrophen. Das UN-Klimabüro geht davon aus, dass bis in 30 Jahren 150 Millionen Menschen zu Klimaflüchtlingen werden.

Wir müssen dafür sorgen, dass die Industrieländer ihr Versprechen halten, welches sie am Pariser Klimagipfel abgegeben haben: Den Entwicklungsländern jährlich 100 Milliarden Dollar zusätzlich zu den bisherigen Entwicklungsgeldern für die Bekämpfung des Klimawandels zur Verfügung zu stellen. Machen wir die Klimapolitik enkeltauglich».

Ob wir das rechtzeitig schaffen? Wir steuern als Weltgemeinschaft wie seinerzeit die Titanic auf Eisberge zu. Helfen wir mit, dass die warnenden Stimmen diesmal gehört werden.

6. Eine neue Weltwirtschaftsordnung

Diese war 2004 Thema der Versammlung des Reformierten Weltbundes in Accra /Ghana. Sie tagte in jener Kirche, in der einst Sklavenhändler Gottesdienst feierten, während unten im Keller Sklaven auf ihren Transport nach Amerika warteten. In der Schlusserklärung von Accra heisst es

«Die Kirchen hören die Schreie ihrer Brüder und Schwestern rund um den Erdkreis. Die tieferen Wurzeln der massiven Bedrohung des Lebens sind vor allem das Produkt eines ungerechten Wirtschaftssystems. Die neoliberale Ideologie tritt mit dem Anspruch auf, alle Lebenssphären beherrschen zu wollen und verlangt absolute Gefolgschaft, was einem Götzendienst gleichkommt».

Im Gegensatz zur Berner Kirche trug die Zürcher Kirche diese Erklärung nicht mit, sie sei schlicht «ideologisiert und unbrauchbar» (Willy Spieler, Neue Wege 10/2004). - Auch auf katholischer Seite sind immer wieder wirtschaftskritische Signale zu vernehmen. Papst Franziskus fasste sie zusammen: *«Diese Wirtschaft tötet».*

Wie kommen wir zu einem anderen Wirtschaftssystem? Zwei Hinweise:

«Wer nach einem anderen Kapitalismus forscht, muss bei dessen Grundlagen ansetzen: dem Eigentum (...) Die Güter der Erde gehören nicht denjenigen, die sie sich zuerst aneignen, sondern sind allen Menschen gewidmet. Privates Eigentum ist nur geliehen; wer es nutzt, hat sich nach dem Gemeinwohl zu richten» (Roger de Weck). Ein aktuelles Beispiel: In Berlin werden zur Zeit Unterschriften gesammelt für eine Enteignung und Vergesellschaftung grosser Immobiliengesellschaften, die die Mietzinse in die Höhe treiben. Man stützt sich auf Art. 15 des Grundgesetzes «wonach Grund und Boden «zum Zweck der Vergesellschaftung» in Gemeineigentum überführt werden können. - Die neoliberalen Privatisierungswelle soll rückgängig gemacht werden.

Andere wie Sozialethiker Arthur Rich setzten auf Mitbestimmung der Mitarbeitenden in Betrieb und Unternehmen oder wie der Ökonom Ota Sik auf Mitarbeitergesellschaften. Ich habe ein solches Unternehmen in England besucht, Scott-Bader Co. Ltd. Bader, ausgewanderter Schweizer und bekennender Qäker, schenkte sein Chemie-Unternehmen 1951 den Mitarbeitenden. Der Betrieb mit 650 Angestellten beruht noch heute auf den Grundsätzen der gleichen Teilhabe und Partizipation - und floriert. In einer Krise, so wurde mir gesagt, werden keine Mitarbeiter entlassen, sondern solidarisch mitgetragen und für Arbeiten zugunsten der Öffentlichkeit eingesetzt.

Kurze Bilanz

Der konziliare Prozess Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung hat «das Bewusstsein geschärft, dass sich die Kirchen für einen gesellschaftspolitischen Wandel einzusetzen haben» (Beat Dietschy). Wir müssen die Kirchen weiterhin in Bewegung halten, auch auf lokaler Ebene .

Die grundlegenden Einsichten des konziliaren Prozesses sind auch außerhalb der Kirche aufgegriffen worden, so z.B. mit der *Agenda 2030 der Vereinten Nationen* mit ihren 17 Zielen nachhaltiger Entwicklung (Hermann de Boer). In der Präambel heisst es: «Wir sind entschlossen, *friedliche, gerechte und inklusive* Gesellschaften zu fördern. Ohne Frieden kann es keine nachhaltige Entwicklung geben und ohne nachhaltige Entwicklung keinen Frieden».

Was ist unsere Hoffnung?

Das Engagement der Klimajugend, die Stimme von Wissenschaftlern, die Vorschläge von NGOs werden, so hoffe ich, in den nächsten Jahren sukzessive zu einem Paradigmawechsel führen. Wir dürfen nicht müde werden. Ein langer Atem ist nötig. Machen wir uns auf den Weg.

«Wenn viele kleine Leute an vielen kleinen Orten viele kleine Schritte machen, können sie das Gesicht der Welt verändern».

Ich setze auf die Verheissung, dass Gott mit uns auf diesem Weg ist. Nach einer jüdischen Legende hat Gott 36 Gerechte in die Welt ausgesandt, damit sie nicht untergeht. Ich vertraue darauf, dass Gott auch weiterhin Menschen in die Welt senden wird. Lassen wir uns senden.

Arne Engeli (1936), Politologe, in der Friedensarbeit engagiert, 1971-91 Leiter Evang. Tagungszentrum Schloss Wartensee, dann acht Jahre Programmbeauftragter HEKS im ehem. Jugoslawien, seit 2001 pensioniert. <a.engeli@sunrise.ch>

Das Referat wurde am Dreiländertreffen der Religiösen-Sozialisten in Rorschach am 26. Juni 2021 gehalten.